

Entwurf Neufassung Satzung Satzung des Turn- und Sportvereins Herrsching e.V.

vom 23.04.2010

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Turn- und Sportverein Herrsching e.V. wurde am 14. Dezember 1947 gegründet und hat seinen Sitz in Herrsching am Ammersee.
2. Der Verein ist im Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Gemeinnützigkeit

1. Der Verein bezweckt die Schaffung von Gelegenheit zu turnerischer und sportlicher Betätigung seiner Mitglieder und die Förderung des Wettkampfes seiner aktiven Mitglieder auf diesen Gebieten sowie die Förderung des Jugendsports. Jede Betätigung auf politischem, wirtschaftlichem oder konfessionellem Gebiet ist ausgeschlossen. Berufssportliche Bestrebungen sind mit den Grundsätzen des Vereins unvereinbar.
2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwandt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

Folgende Formen der Mitgliedschaft sind möglich:

- a) Aktive Mitgliedschaft
- b) Passive Mitgliedschaft
- c) Jugendmitgliedschaft (bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres)
- d) Ehrenmitgliedschaft

Aktive Mitgliedschaft besteht, wenn ein Mitglied regelmäßig an Übungsstunden, Training usw. teilnimmt.

2. Grundsätzlich kann jede Person Mitglied des Vereins werden. Sie erlangt die Mitgliedschaft mit der Aufnahme.
3. Voraussetzung hierfür ist der schriftliche und eigenhändig unterschriebene, bei nicht volljährigen Antragstellern vom gesetzlichen Vertreter unterschriebene Antrag an den Vorstand.
4. Mit Abgabe des Aufnahmeantrags ist der Antragsteller vorläufig aufgenommen und hat damit sämtliche Mitgliedsrechte und -pflichten mit Ausnahme des Stimmrechts. Diese Rechte und Pflichten entfallen, wenn der Antrag durch den Vorstand abgelehnt wird. Die Ablehnung hat innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten zu erfolgen.
5. Die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand mit schriftlicher Bestätigung an das Mitglied.
6. Alle Mitglieder haben das Recht, die Einrichtungen des Vereins im Rahmen der geltenden Vereinsordnungen zu benutzen. Sie haben die Pflicht, die Einrichtungen schonend zu behandeln.

7. Die Mitgliedschaft erlischt

- a) durch Austritt aus dem Verein.
Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung an den Vorstand und wird am 30.06. oder zum 31.12 wirksam. Die Austrittserklärung ist eigenhändig, bei nicht volljährigen Mitgliedern vom gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben.
 - b) durch den Ausschluß aus dem Verein.
Mitglieder, die vorsätzlich oder beharrlich den Interessen des Vereins zuwiderhandeln oder die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren, können auf Antrag durch Beschluss des Vereinsausschusses ausgeschlossen werden. Vor dem Ausschluß muss ihnen die Möglichkeit der Rechtfertigung gegeben werden. Gegen diesen Beschluß besteht das Recht der Berufung zur Delegiertenversammlung.
 - c) durch Vorstandsbeschluss
Mitglieder, die mit Ihrem Beitrag trotz Zahlungsaufforderung im Rückstand sind, können nach Anhörung der betroffenen Abteilung auf Beschluss des Vorstandes aus der Mitgliederliste gestrichen werden.
 - d) durch Ableben.
8. Mit dem Erlöschen der Mitgliedschaft erlöschen sämtliche an die Mitgliedschaft gebundenen Rechte. In der Vergangenheit begründete Verpflichtungen bleiben unberührt. Vereinseigentum ist unverzüglich zurückzugeben.

§ 4 Beiträge

1. Alle Mitglieder mit Ausnahme der Ehrenmitglieder haben halbjährliche Beiträge zu leisten.
2. Darüber hinaus können eine Aufnahmegebühr und Umlagen erhoben werden.
3. Der Beitrag setzt sich zusammen aus Grundbeitrag und ggf. Abteilungsbeitrag. Gehört ein Mitglied mehreren Abteilungen an, sind nur ein Grundbeitrag, jedoch ggf. mehrere Abteilungsbeiträge zu zahlen.
4. Die Höhe des Grundbeitrags wird von der Delegiertenversammlung festgelegt. Jugendmitglieder, Schüler, Studenten, Wehr- oder Ersatzdienstleistende und körperbehinderte Mitglieder zahlen einen ermäßigten Beitrag, dessen Höhe der Vereinsausschuß festlegt. Arbeitslosen kann auf Antrag der Grundbeitrag auf die Höhe des Jugendbeitrags ermäßigt werden.
5. Die Höhe des Abteilungsbeitrags wird von der betreffenden Abteilung nach Maßgabe der Abteilungsordnung festgelegt.
6. Über die Fälligkeit der einzelnen Beiträge und die Art der Beitragsentrichtung beschließt der Vereinsausschuß.
7. Die Höhe der Aufnahmegebühr setzt der Vereinsausschuß fest.
8. Der Vereinsausschuß kann Umlagen dem Grunde und der Höhe nach beschließen.
9. Die Abteilungen haben das Recht, eigene Aufnahmegebühren sowie für die ihnen angehörenden Mitglieder eigene Umlagen zu beschließen, sofern die Abteilungsordnung dies vorsieht.
10. Die Mitglieder, ausgenommen Ehrenmitglieder, sind grundsätzlich verpflichtet, neben den Beitragspflichten in Absatz 1 bis 4 Arbeitspflichten und Dienstleistungen zur Förderung des Vereinszwecks zu erbringen, insbesondere bei der Durchführung von Vereinsveranstaltungen und bei der Instandhaltung der Geräte, Anlagen und Gebäude des Vereins. Einzelheiten wie Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen werden in der Abteilungsordnung festgelegt.
11. Sofern die Arbeitspflichten und Dienstleistungen nach Absatz 10 von einzelnen Mitgliedern nicht oder nicht im vollen Umfang erbracht werden, können in der Abteilungsordnung hierfür Ersatzgebühren festgelegt werden, über deren Höhe und die Zahlungsweise die Abteilungsversammlung entscheidet. Diese Zahlungen sind Abteilungsbeiträgen gleichgesetzt.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) der Vereinsausschuß
- c) die Delegiertenversammlung

§ 6 Zusammensetzung des Vorstands

Der Vorstand besteht aus dem

- a) 1. Vorsitzenden
- b) 2. Vorsitzenden
- c) 3. Vorsitzenden
- d) Hauptkassier
- e) Jugendvertreter
- f) und bis zu 2 Beisitzern.

§ 7 Vertretungsbefugnis und Aufgaben des Vorstands

1. Gesetzlicher Vertreter des Vereins ist der 1. Vorsitzende allein oder der 2. und 3. Vorsitzende gemeinsam. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich.
2. Für das Innenverhältnis gilt, dass der 2. Vorsitzende den 1. Vorsitzenden bei dessen Verhinderung vertritt. Der 3. Vorsitzende vertritt den 1. Vorsitzenden bei dessen Verhinderung und bei gleichzeitiger Verhinderung des 2. Vorsitzenden.
3. Aufgabe des Vorstands ist die Führung der Vereinsgeschäfte und die Verwaltung des Vereins. Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung des Vorstands.
4. Der Vorstand ist ermächtigt, in Einzelfällen bis zu EUR 5.000,- über das Vereinsvermögen zu verfügen. Bei höherem Geschäftswert ist nur der Vereinsausschuß beschlußfähig.
5. Der Vorstand kann Vereinsordnungen insbesondere für folgende Bereiche beschließen:
 - a) Finanz- und Kassenwesen, Buchhaltung
 - b) Abteilungen (gemäß Entwurf der Abteilungen nach §13, Abs. 6)
 - c) Ehrungswesen
 - d) Jugend
 - e) Vereinsheim

Vereinsordnungen sind vom Vereinsausschuß zu genehmigen. Alle Vereinsmitglieder haben das Recht auf Einsicht in die Vereinsordnung. Genehmigte Vereinsordnungen sind Bestandteil der Vereinssatzung.

6. Der Vorstand kann die Geschäftsführung einem Vereinsgeschäftsführer übertragen. Der Vereinsgeschäftsführer darf nicht dem Vorstand angehören. Er kann sowohl ehrenamtlich als auch aufgrund eines Arbeitsverhältnisses mit dem Verein seine Aufgaben erfüllen. Der Vereinsgeschäftsführer unterliegt der Weisung und der Aufsicht des Vorstands.

§ 8 Amtsdauer und Wählbarkeit des Vorstands

1. Die Wahl des Vorstands erfolgt alle zwei Jahre in der ordentlichen Delegiertenversammlung.
2. Gewählt werden kann jedes volljährige und vollgeschäftsfähige Vereinsmitglied.
3. Ersatzwahlen sind durchzuführen, wenn das Amt eines der drei Vorsitzenden oder des Hauptkassiers unbesetzt ist. Den Ersatzleuten wird die Amtszeit ihrer Vorgänger angerechnet.

4. Ein Amt ist unbesetzt, wenn der Träger aus dem Verein ausscheidet, ebenso, wenn der Träger das Amt niederlegt oder abberufen wird. Die Niederlegung des Amtes kann nur durch schriftliche Erklärung an den Vorstand erfolgen.

§ 9 Zusammensetzung und Einberufung des Vereinsausschusses

1. Der Vereinsausschuß setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorstand,
- b) den Abteilungsleitern,
- c) je einem Abteilungs-Beisitzer.

Gehört ein Abteilungsleiter bereits dem Vorstand an oder ist er verhindert, wird die Abteilung im Vereinsausschuß vom stellvertretenden Abteilungsleiter mit vollem Stimmrecht vertreten. Gehört ein Abteilungs-Beisitzer bereits dem Vorstand an oder ist er verhindert, wird er im Vereinsausschuß von seinem Stellvertreter mit vollem Stimmrecht vertreten.

2. Vereinsausschußmitglieder müssen volljährig sein.

3. Jede stimmberechtigte Person hat eine Stimme. Diese ist nicht übertragbar.

4. Der Vereinsausschuß ist mindestens einmal in jedem Quartal einzuberufen. Die Einberufung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mindestens eine Woche vor der Sitzung durch den 1. Vorsitzenden zu erfolgen. In dringenden Fällen kann die Frist verkürzt werden. Die Sitzung muß binnen einer Woche einberufen werden, wenn fünf Mitglieder des Vereinsausschusses dies verlangen.

5. Über jede Sitzung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Sitzungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Die Protokolle sind aufzubewahren. Jedes Mitglied kann die Protokolle einsehen.

§ 10 Aufgaben und Befugnisse des Vereinsausschusses

1. Aufgabe des Vereinsausschusses ist ausschließlich die Beschlußfassung. Er entscheidet gemäß den Festlegungen der Satzung sowie über die Genehmigung des Haushaltsentwurfs für das laufende Jahr.
2. Der Vereinsausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens 2/3 seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlußfassung ist die einfache Mehrheit aller Vereinsausschußmitglieder erforderlich.
3. Sind weniger als 2/3 der Vereinsausschußmitglieder erschienen, ist die Einberufung des Vereinsausschusses gemäß §9 Abs. 4 mit der selben Tagesordnung zu wiederholen. Bei der Beschlußfassung genügt dann die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Mehrheitsbildung unberücksichtigt.
4. Bei der Beschlußfassung über Vereinsordnungen und Umlagen ist eine 3/4-Mehrheit aller Vereinsausschußmitglieder erforderlich.

§ 11 Zusammensetzung und Einberufung der Delegiertenversammlung

1. Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Es findet jährlich mindestens eine ordentliche Delegiertenversammlung statt, die im ersten Quartal durchgeführt werden sollte. Jedes Mitglied kann als Gast daran teilnehmen.

2. Stimmberechtigt sind:

- a) die Vorstandsmitglieder,
- b) die Abteilungsleiter,
- c) die Delegierten der Abteilungen,
- d) die Ältestenräte.

Gehört ein Abteilungsleiter bereits dem Vorstand an oder ist er verhindert, wird die Abteilung in der Delegiertenversammlung vom stellvertretenden Abteilungsleiter mit vollem Stimmrecht vertreten.

3. Die Delegierten werden gemäß §13 von den Abteilungen gewählt. Ihre Anzahl ergibt sich nach folgendem Delegiertenschlüssel:
 - a) für jede Abteilung mindestens 3 Delegierte,
 - b) für je volle 100 Abteilungsmitglieder (Stichtag: Jahresmeldung BLSV) ein weiterer Delegierter.
 - c) Insgesamt kann jede Abteilung nicht mehr als 7 Delegierte haben.
Delegierte müssen volljährig sein.
4. Ältestenräte können vom Vereinsausschuß für jeweils zwei Jahre gewählt werden. Die Anzahl der Ältestenräte ist auf die Anzahl der Abteilungen begrenzt.
5. Jede stimmberechtigte Person hat eine Stimme. Diese ist nicht übertragbar.
6. Die Einberufung der Delegiertenversammlung erfolgt schriftlich unter Angabe der Tagesordnung durch den Vorstand. Der Versand der Einladung hat mindestens 14 Tage vor dem Termin der Versammlung zu erfolgen.
7. Eine außerordentliche Delegiertenversammlung ist innerhalb einer Frist von sechs Wochen mit einer entsprechenden Tagesordnung einzuberufen, wenn:
 - a) der Vorstand dies beschließt,
 - b) oder 1/5 der stimmberechtigten Vereinsausschußmitglieder dies schriftlich beim 1. Vorsitzenden beantragen,
 - c) oder 40% der Delegierten dies schriftlich beim 1. Vorsitzenden beantragen.

§ 12 Aufgabe der Delegiertenversammlung

1. Aufgabe der Delegiertenversammlung ist die Beschlußfassung. Sie entscheidet gemäß den Festlegungen der Satzung sowie ausschließlich über:
 - a) die Entlastung des Vorstands,
 - b) den Ankauf, Verkauf oder die Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
 - c) Satzungsänderungen,
 - d) die Ernennung von Ehrenmitgliedern und Ehrenpräsidenten.
2. Die ordentliche Delegiertenversammlung wählt auf zwei Jahre zwei Rechnungsprüfer und zwei Ersatzleute, denen es obliegt, zur nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung die Rechnungslegung des Vereins zu prüfen und Bericht zu erstatten.
3. Anträge können gestellt werden von den Stimmberechtigten gemäß §11 Abs. 2.
4. Bei der Beschlußfassung entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Mehrheitsbildung unberücksichtigt.
5. Bei der Beschlußfassung über den Erwerb, die Veräußerung und jegliche Belastung von Liegenschaften des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von 3/4 aller Stimmberechtigten gemäß §11 Abs. 2 erforderlich.
7. Bei Anträgen zur Ernennung von Ehrenmitgliedern und Ehrenpräsidenten, zu Satzungsänderungen und zur Auflösung des Vereins ist eine 3/4-Mehrheit der erschienenen Stimmberechtigten gemäß §11 Abs. 2 erforderlich.
8. Über jede Delegiertenversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen. Die gefaßten Beschlüsse müssen wörtlich wiedergegeben werden. Das Protokoll ist vom Sitzungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen. Sämtliche Protokolle sind aufzubewahren. Jedes Mitglied kann die Protokolle einsehen.

§ 13 Abteilungen

1. Auf Beschluß der Delegiertenversammlung können Abteilungen gebildet werden.
2. Organe der Abteilungen sind
 - die Abteilungsleitung
 - die Abteilungsversammlung

3. Die Abteilungsleitung besteht aus dem Abteilungsleiter, seinem Stellvertreter und einem Kassenverwalter. Weitere Mitglieder der Abteilungsleitung können in der Abteilungsordnung festgelegt sein.
4. Die Abteilungsleitung führt die in ihrer Abteilung anfallenden Geschäfte selbständig.

Die Abteilungsleiter sind für Veranstaltungen in Ihrem Bereich die Veranstaltungsleiter laut der Versammlungsstättenverordnung. Sie können die Verantwortlichkeit bei Einzelveranstaltungen an andere Personen delegieren unter gleichzeitiger Information des Vorstandes.

5. Die Abteilungsversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren
 - die Mitglieder der Abteilungsleitung,
 - die Delegierten zur Delegiertenversammlung sowie zwei Ersatzdelegierte, und
 - den Abteilungsbeisitzer zum Vereinsausschuß sowie einen Stellvertreter.

Das Wahlergebnis ist dem Vorstand unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Bei vorzeitigem Ausscheiden oder bei Verhinderung eines Delegierten rückt ein Ersatzdelegierter nach. Bei vorzeitigem Ausscheiden des Abteilungsleiters, des Stellvertreters oder des Kassenverwalters ist eine Nachwahl in der Abteilungsversammlung durchzuführen.

6. Jede Abteilung kann eine Abteilungsordnung aufstellen, die nicht im Widerspruch zur Vereinssatzung stehen darf. Sie ist gemäß §7 Abs. 5 zu genehmigen und ist danach Bestandteil der Vereinssatzung.
7. Das bei den Abteilungen vorhandene und von diesen verwaltete Vermögen ist Eigentum des Vereins. Es ist von den Abteilungen satzungsgemäß zu verwenden und bei Auflösung der Abteilung an den Verein zurückzugeben.
8. Vorstandsmitglieder sind berechtigt, bei allen Veranstaltungen der Abteilung anwesend zu sein.
9. Die Delegiertenversammlung kann auf Empfehlung des Vereinsausschusses den Sportbetrieb einer Abteilung einstellen, wenn
 - a) die Zahl der Abteilungsmitglieder unter 10 sinkt,
 - b) aus sonstigen Gründen ein ordentlicher Abteilungsbetrieb nicht möglich ist.

§ 14 Auflösung des Vereins

1. Der Verein wird aufgelöst, wenn eine Delegiertenversammlung dies mit einer Mehrheit von 4/5 der erschienen Stimmberechtigten beschließt.
2. Die über die Auflösung beschließende Delegiertenversammlung muß mindestens drei Wochen vorher unter besonderer Hervorhebung dieses Punktes der Tagesordnung schriftlich einberufen werden. Der Auflösungsbeschuß ist an den Vereinstafeln auszuhängen und sämtlichen Mitgliedern schriftlich mitzuteilen. Die Gültigkeit des die Auflösung bewirkenden Beschlusses kann von jedem volljährigen Vereinsmitglied binnen zwei Wochen nach Aushang des Auflösungsbeschlusses angefochten werden.
3. Anfechtungsgründe sind folgende:
 - a) Mängel bei der Einberufung
 - b) Mängel bei der Abstimmung
4. Über die Anfechtungsgründe entscheidet der Vereinsausschuß mit 4/5-Mehrheit. Stellt dieser fest, dass ein Anfechtungsgrund besteht, so ist unverzüglich eine neue Delegiertenversammlung in der vorgeschriebenen Form einzuberufen.

§ 15 Verwendung des Vereinsvermögens nach Auflösung

1. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an die Gemeinde Herrsching a.A., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

2. Sofern einzelne Abteilungen mit 3/4-Mehrheit ihrer stimmberechtigten Abteilungsmitglieder beschließen, als selbständiger Verein fortzubestehen oder sich einem bestehenden ortsansässigen Verein anzuschließen, geht das bei diesen Abteilungen vorhandene Vereinsvermögen an diesen Verein über. Voraussetzung hierzu ist, dass dieser Verein als gemeinnützig anerkannt ist und seine Satzung Auflösungsbestimmungen entsprechend Abs.1 enthält.

§ 16 Gültigkeit des Verbandsrechts

Der Verein ist Mitglied des Bayerischen Landessportverbandes und erkennt dessen Satzungen an. Diese gelten, soweit in der Satzung des TSV Herrsching nichts anderes bestimmt ist.

§ 17 Datenschutz

1. Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verein folgende personenbezogenen Daten auf: Name, Adresse, Geburtstag und Bankverbindung. Diese Informationen werden im vereinseigenen EDV-System gespeichert. Jedem Vereinsmitglied wird eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Die personenbezogenen Daten werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt. Sonstige Informationen zu den Mitgliedern und Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verein grundsätzlich nur verarbeitet oder genutzt, wenn sie zur Förderung des Vereinszweckes nützlich sind und wenn keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Verarbeitung oder Nutzung entgegensteht.
2. Als Mitglied des Bayerischen Landessportverbandes sowie der Unterverbände für die im Verein betriebenen Sportarten ist der Verein verpflichtet, seine Mitglieder an diese Verbände zu melden. Übermittelt werden Namen und Alter, bei Mitgliedern mit besonderen Aufgaben (z. B. Vorstandsmitglieder) die vollständige Adresse mit Telefonnummer, E-Mail-Adresse sowie die Bezeichnung ihrer Funktion im Verein.
3. Ob personenbezogene Mitgliederdaten weitergegeben werden dürfen, hängt unter anderem davon ab, wer und wie weit der Kreis der Informationsempfänger ist und welche Informationen weitergegeben werden. Der Vorstand macht besondere Ereignisse des Vereinslebens bekannt. Dabei können personenbezogene Mitgliederdaten veröffentlicht werden. Das einzelne Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand Einwände gegen eine solche Veröffentlichung seiner Daten vorbringen. In diesem Fall unterbleibt in Bezug auf dieses Mitglied eine weitere Veröffentlichung.
Zur Wahrnehmung der satzungsmäßigen Rechte gewährt der Vorstand gegen die schriftliche Versicherung, dass die Adressen ausschließlich zu vereinsgemäßen Zwecken verwendet werden, den Abteilungsleitern und von ihnen beauftragten Vereinsmitgliedern Einsicht in das Mitgliederverzeichnis.
4. Beim Austritt werden Name, Adresse und Geburtsjahr des Mitglieds nach dem 31.12. des Austrittsjahres aus dem Mitgliederverzeichnis gelöscht. Personenbezogene Daten des austretenden Mitglieds, die die Kassenverwaltung betreffen, werden gemäß der steuergesetzlichen Bestimmungen zeitlich befristet durch den Vorstand aufbewahrt.

§ 18 Schlußbestimmung

Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung tritt die bisherige Vereinssatzung vom 27.03.2009 außer Kraft.

Herrsching, den 23.04.2010